

Reisebericht zur Weltkonferenz der Partnerstädte in Israel

Wenn einer eine Reise tut...

Im Rahmen des 40. Jahrestages der Gründung des Staates Israel fand vom 13. bis 20. März 1988 in Jerusalem eine Weltkonferenz der Partnerstädte statt. Die teilnehmenden GRÜNEN gaben dabei wohl nicht die beste Figur ab, wie Richard Kelber (Ratsmitglied in Dortmund) meint.

Für mich war die nicht unproblematische Reise einer Delegation des Rates der Stadt Dortmund zur Weltkonferenz der Partnerstädte nach Israel ein Erlebnis ganz eigener, desillusionierender Art.

Die Vorgeschichte

Anfang Dezember 1987 wurde unserer Fraktion mitgeteilt, daß sie einen Teilnehmer für die Weltkonferenz der Partnerstädte in Israel benennen könne. Die politische Situation in Israel/Palästina noch vor dem „Uprising“ der Palästinenser war für uns Grund, nicht sofort die Teilnahme zuzusagen. Unsere Auffassung war: Es hat keinen Zweck, ohne koordinierte GRÜNE Aktivitäten an der Konferenz teilzunehmen, die ihren wichtigsten Grund im 40sten Jahrestag der Staatsgründung Israels hatte, weshalb mit entsprechenden Jubelfeiern zu rechnen war. Aus diesem Grund haben wir unverzüglich den kommunalpolitischen Zusammenschluß der GRÜNEN NRW-Fraktionen (GAR) und die AL-Fraktion im Bezirk Berlin-Reinickendorf, die in der AKP (Heft 6/1987) eine Koordination vorgeschlagen hatte, angeschrieben.

Die Reaktionen waren mehr als mager! Trotz regelmäßiger telefonischer Kontakte mit Reinickendorf und gemeinsamer Überlegungen, wie die Koordination laufen konnte, kamen wir kaum von der Stelle. Wir hatten nämlich äußerste Schwierigkeiten, überhaupt zu erfahren, welche Fraktionen zur Konferenz eingeladen waren, und wer teilzunehmen beabsichtigte. Bis heute wissen wir nicht genau, wieviele GRÜNE Fraktion in Israel überhaupt vertreten waren.

Ende Januar 1988 unterbreitete die AL Reinickendorf einen Entwurf für ein Veranstaltungsprogramm, das den offiziellen Plan ergänzen sollte: Gespräch mit Teddy Kollek als Vorsitzender des Vereins für jüdisch-arabisches Zusammenleben; Gespräch mit einem palästinensischen Kommunalpolitiker usw. Am 23./24.1.88 verabschiedete der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN einstimmig eine Resolution „GRÜNE fordern friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes“ mit folgenden

Kernaussagen: Anerkennung der PLO als legitimierte Vertreterin der Palästinenser; vollständiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten; internationale Friedenskonferenz; Anerkennung Israels durch die PLO und die arabischen Staaten; Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in einem eigenen Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen. Damit hätte die GRÜNE Position als geklärt gelten können.

Die Bemühungen um Koordination machten in der nächsten Zeit keine Fortschritte. Ende Februar schaltete sich Jürgen Maier vom GRÜNEN Bundesvorstand ein, weil er „von verschiedenen GRÜNEN, die Mitglieder offizieller Delegationen sind“, darum gebeten worden sei. Er schrieb am 29.2.88: „Nach verschiedenen Diskussionen sind wir(!) zu der Auffassung gekommen, daß es am sinnvollsten wäre, das zentrale Programm in Jerusalem/Aviv zu boykottieren als Zeichen des Protestes gegen die Besatzungspolitik und stattdessen geschlossen, als Gruppe der Grünen, am Montag Gespräche mit der israelischen Opposition und am Dienstag und Donnerstag Besuche in der Westbank und dem Gazastreifen, in den Flüchtlingslagern Krankenhäusern usw. zu machen und mit den Palästinensern zu sprechen und ggf. abschließend eine Pressekonferenz, zu machen. Die entsprechenden Kontakte bestehen bereits.“

Wie schön – endlich ein Hoffnungsschimmer! Jürgen Maier lud mit diesem Schreiben die Konferenz-Teilnehmer aus der gesamten BRD und Westberlin in die Bundesgeschäftsstelle nach Bonn zu kommen, „um konkrete Details und grundsätzliche Fragen zu besprechen“. Soweit, so gut. Diesem Bemühen war erst mal Anerkennung zu zollen. Schwieriger wurde es dann bei den „grundsätzlichen Fragen“, denn daß auf der Basis „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ längst nicht alles klar sein konnte, lag auf der Hand – mensch erinnere sich an die konträren Positionen, die GRÜNE wie Schily, Schoppe, Wetzel, Maier, Reents anläßlich von Israel-Besuchen in der jüngsten Vergangenheit vertreten haben. Als mir jedoch versichert wurde, zwei mitreisende GRÜNE seien ausgesprochen israel- bzw. palästina-erfahren, hoffte ich, das – wenn auch etwas vage – Alternativprogramm könnte erfolg- und folgenreich sein.

In Israel

Schon das erste gemeinsame Treffen in Jerusalem war ein Reifall. Nicht einmal fünf GRÜNE waren erschienen. Der von Jürgen Maier ausgerufene „Boykott“ sah an diesem Abend so aus: Teilnahme an dem offiziellen Empfang, bei dem Teddy Kollek, Jerusalems Bürgermeister, Hanna-Renate Laurien, Bürgermeisterin von Westberlin, und andere

Leute Vorträge hielten, die entweder niemand interessierten oder als Aufrufe zum Weghören anzusehen waren. Der eigentliche Zweck der Veranstaltung war für uns, andere GRÜNE zu finden. Nach diesem Abend wußten wir, daß VertreterInnen anwesend sein würden aus Berlin-Reinickendorf, Bonn, Dortmund, Kreis Neunkirchen, Recklinghausen, Stuttgart, Wuppertal. Auf dieser Datenbasis starteten wir einen erneuten Koordinationsversuch: Montag, 14.3.88, 10.00 Uhr, während der offiziellen Eröffnungsfeier.

Da fand dann die größte Ansammlung von GRÜNEN während der gesamten Konferenz statt: Immerhin 7 Delegierte trafen sich mit Gideon Spiro (Yesh Gvul und Vanunu-Komitee), oppositioneller Jude, der mit Jürgen Maier während dessen Israel-Aufenthalt im Januar/Februar 1988 Kontakt hatte. Gideon las einen Brief vor, den er vor einiger Zeit an Jürgen Maier geschrieben und in der er einige konkrete Vorschläge für GRÜNE Aktivitäten gemacht hatte. für die Umsetzung dieser Ideen war es nun jedoch zu spät. Dazu hätte es einiger Vorbereitungen bedurft. So langsam dämmerte mir, daß die Konferenz wohl nicht zu einem Ort GRÜNER Intervention, sondern maximal Information werden würde. In völliger Unkenntnis der Sachlage wurde eine Baumpflanzungszeremonie „boykottiert“. Niemand hatte sich darum gekümmert, wie diese Zeremonie laufen würde. Deshalb war uns unbekannt, daß jeder Delegierte „seinen“ Baum bekam, den er einpflanzen durfte. Bei geeigneter Vorbereitung hätten sich GRÜNE Bäumchen mit einem Plakat („Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser“ oder „Für eine friedliche Lösung des jüdisch-palästinensischen Konflikts“) sicher gut gemacht.

Als erster Teil des „Alternativ-Programms“, der allerdings nicht in Bonn, sondern in Stuttgart vorbereitet worden war, folgte nach der Eröffnungsfeierlichkeit ein Gespräch mit Felicia Langer, jüdische Rechtsanwältin, die in der BRD verschiedene Auszeichnungen erhalten hat, weil sie sich für angeklagte Palästinenser engagiert. In diesem Gespräch berichtete Frau Langer über das Vorgehen des israelischen Staates gegen Palästinenser, so etwa die Praxis der Kollektivhaftung: Den Verwandten von für „schuldig“ befundenen Palästinensern, die allerdings gar nicht vor Gericht gestellt worden waren, wird das Haus über dem Kopf abgebrannt.

Holocaust „im Vergleich“

Am Mittwoch besuchten wir die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Ich vermute und befürchte, daß dieser offizielle Programm-Punkt auch

im „Alternativ-Programm“ lediglich aus Pietätsgründen nicht fehlen durfte. Als jemand, der die Geschichte der Nazi-Zeit und des Holocaust einigermaßen kennt, hatte ich zum ersten Mal während der Israel-Reise den Eindruck, daß mir das Nach-Denken über die Situation in Palästina abgewöhnt werden sollte – um umso unbefangener für eine Seite (diesmal Israel) Partei ergreifen zu können. Der Chefredakteur der SPD-Zeitschrift „Demokratische Gemeinde“, Ansgar Burghof, hat dies klug erkannt – findet es aber gut: „Yad Vashem, die Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust am Rande Jerusalems, war das intensivste Erlebnis unserer Reise. Ein Erlebnis, das betroffen und sprachlos macht.“ Diese Beurteilung wird dadurch erhärtet, daß die Organisatoren, ausgerechnet an diesem Ort etliche „Journalisten“ herumlaufen ließen, um die Delegierten zu befragen.

Am Abend kam es dann zu einer GRÜNEN Querele: Zu dritt saßen wir in einem Hotel und debattierten die Nah-Ost-Problematik und die Frage öffentlichkeitswirksamer Politik dazu. Meine Meinung war, besser nichts an die Öffentlichkeit zu geben, solange wir politisch nichts zuwege gebracht hätten. Da stieß der Recklinghausener Vertreter der GRÜNEN zu uns. Als Teilnehmer an allen offiziellen Veranstaltungen der Konferenz und Experte in palästinensischen Fragen hielt er sich für auktorisiert, eine Presseerklärung für uns zu schreiben. Nachdem er im Rahmen eines längeren Dialogs die Frage nicht beantworten konnte, woher er das Recht zu einer solchen Erklärung nehme, da wir nichts, aber auch gar nichts getan hätten, murmelte er – damit die Auseinandersetzung dankenswerterweise beendend – mit einem Blick auf die auf dem Tisch stehende Weinflasche etwas von „zuviel getrunken“. Die Angelegenheit „Presseerklärung“ war damit erst einmal vom Tisch. Von einer Pressekonferenz war schon lange nicht mehr die Rede. Erst einmal wollten wir wenigstens besetztes Gebiet aus der Nähe gesehen haben.

Besetztes Gebiet

Die Fahrt in die Westbank am Donnerstag war – programmäßig gesehen – eine Alternative zu einem „Tag in Tel Aviv“. Sechs GRÜNE (Berlin, Bonn, Dortmund, Neunkirchen, Stuttgart, Wuppertal), ein in Jerusalem lebender palästinensischer Arzt und der Taxifahrer starteten morgens in die Westbank. Ein weiterer GRÜNER aus dem Hochtaunuskreis, den wir kurz in Yad Vashem gesehen hatten, blieb trotz der Andeutung eines Teilnahmewillens der Fahrt fern. Ein Trost: Jeder weitere GRÜNE hätte nicht mehr in das achtsitzige Daimler-Taxi gepaßt.

Da unser „Reiseleiter“ ein Arzt war, besuchten wir mehrere Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens: eine Poliklinik in einem Flüchtlingslager; eine staatliche Klinik in Hebron; eine Klinik in Jerusalem; eine Einrichtung des „Roten Halbmonds“. Die Besuche in den klinischen Einrichtungen habe ich als sehr unangenehm empfunden, da ich den Eindruck hatte, daß unser „Reiseleiter“ uns die Verletzten (darunter schlimme Fälle von Wundbrand, die zuvor in israelischen Krankenhäusern nicht richtig behandelt worden waren) vorführte, um damit Politik zu emotionalisieren. Im Angesicht der Schwerverletzten war die „Schuldfrage“ beantwortet – als ob damit auch nur annähernd ein Beitrag zur friedlichen Lösung des Konflikts getan wäre.

In der Westbank besuchten wir ein befreites Dorf, das mehrfach von Siedlern überfallen worden war. Der Ortseingang wurde von Kindern bewacht, die an mehreren hintereinander liegenden Posten zu entscheiden hatten, ob ein Wagen als feindlich betrachtet werden mußte oder nicht. In dem Dorf selbst begegneten wir insbesondere älteren Menschen, die uns mit der größten Selbstverständlichkeit erklärten, was sie wollen: Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes! Dieser Forderung sind wir in den besetzten Gebieten jeweils zu Beginn aller Gespräche begegnet. Für mich war das ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß die israelischen Zwangsvorstellungen von einer die Palästinenser gängelnden und zwingenden PLO durch Realitätsverlust entstanden sind.

Im Gespräch mit Vertretern des „Roten Halbmonds“ wurde ganz deutlich, worauf es dem israelischen Staat ankommt: Alles zu verhindern, was einer Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Palästinenser gleichkommt. Deshalb werden alle möglichen Maßnahmen ergriffen, die auch Schikanen genannt zu werden verdienen, um die Aktivitäten der Palästinenser ZU behindern. Ein besonders beliebtes Mittel ist dabei die Verweigerung von Genehmigungen (z.B. für das Betreiben einer mobilen Klinik).

Zu Besuch in Netanya und Um-El-Fahem

Im Anschluß an die Jerusalemer-Konferenz fuhren die Delegierten zu ihren israelischen Partnerstädten – ich nach Netanya. Bei allen Veranstaltungen im kommunalen Rahmen, wie z.B. den obligatorischen Kranzniederlegungen, dominierte der Aspekt einer inszenierten „Israel-Freundschaft“. Bei Tisch wurde aus Ritualen Banalität. Der lebenswürdige Bürgermeister des Spieler„paradieses“ Altantic-City stand im Mittelpunkt des Gesprächs. Jemand sagte zu ihm: „Ich glaube, Sie können

sich hier in Israel so sicher fühlen wie in der New Yorker U-Bahn.“ Die lebenswürdige Antwort: „Sicherer!“ So anspruchsvoll kann partnerschaftliche Weltpolitik sein.

Jenseits des offiziellen Programms konnte ich ein Gespräch mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Um-El-Fahem, einer 25.000-Einwohner-Stadt in Israel mit überwiegend arabisch-palästinensischer Bevölkerung, führen. Arabische Städte bekommen weit weniger staatliche Gelder als jüdische Kommunen. Ihnen werden Genehmigungen (z.B. für Ansiedlung von Gewerbe und Industrie) vorenthalten und verweigert. Nach meiner Rückkehr hat die GRÜNE Ratsfraktion in einer Pressekonferenz in Dortmund deutlich gemacht, daß es mit dem Kontakt zu Um-El-Fahem nicht darum geht, die bestehende Partnerschaft mit Netanya zu diskreditieren. Unser Ziel ist, auch auf kommunaler Ebene einen Beitrag zum Frieden in Israel/Palästina zu leisten auch durch freundschaftliche und partnerschaftliche. Beziehungen zwischen bundesdeutschen und arabisch-palästinensischen Gemeinden in Israel und den heute noch besetzten Gebieten.

Resümee

Weit über fünfzig Kommunen in der BRD haben Städtepartnerschaften mit Gemeinden in Israel. Wieviele GRÜNE Fraktionen zu der Weltkonferenz im März 1988 eingeladen waren, wieviele aus politischen Gründen nicht und wieviele doch nach Jerusalem gefahren sind, wissen wir nicht. Das ist ein Armutszeugnis. Selbst minimale Koordinationsleistungen für eine konkrete Politik vor Ort sind von den GRÜNEN nicht erbracht worden. Dabei war doch die politische Relevanz und Brisanz der Reise hinreichend diskutiert und bekannt. Jürgen Maier vom Bundesvorstand der GRÜNEN müßte mal erklären, warum er auf dieser mickrigen Basis einen „Boykott“ ausgerufen hat – und mit wem.

Insgesamt ist daher das Fazit: Ein internationales Politikengagement der GRÜNEN muß, wenn mehr als bloßer Funktionärstourismus dabei herauskommen soll, sehr viel besser vorbereitet und geplant werden, als Problembewußtsein und Politikverständnis der GRÜNEN heute hergeben. Während der Weltkonferenz der Partnerstädte in Israel jedenfalls haben wir versagt.

Richard Kelber

(Aus: AKP 5/1988, S. 24-26)